

→ **Der Sozialstaat und die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste (S. 549–552)**

10.2 Der Sozialstaat und die sozialwirtschaftlichen Dienste

Die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste

Das werdende Neue kündigte sich in der im 20. Jahrhundert kristallisierten, ausgeformten und schließlich neoliberal umgemodelten sozialkapitalistischen Formierung an. Es handelt sich um eine im Verhältnis zur industriekapitalistischen Ära höher entwickelte, reifere, bereits latenzhaltige Formierung kapitalistischer Gesellschaftlichkeit, die im 21. Jahrhundert wiederum in ein neues, jetzt finalisierendes Stadium eingetreten ist. Entscheidend ist dabei, dass im trinodalen politisch-ökonomischen Prozesszusammenhang bereits eine andere Art des Wirtschaftens latent vorkonfiguriert ist. In diesem Zusammenhang nimmt die komplexe sozialstaatliche Institutionalität eine Zentralstellung ein.

Der moderne Steuer-, Rechts- und Sozialstaat, seine Finanzen, Budgetierungen und Regulierungen, eingeschlossen die Systeme und Infrastrukturen der allgemeinen Sozialversicherung, wurde zu einer zentralen Vermittlungsinstanz des sozioökonomischen Prozesses. Die neoliberalen Okkupationen haben nicht ändern können, dass die staatlichen Institutionen und Aktivitäten der maßgebliche Promotor¹ für die Gewährleistung der „allgemeinen und gemeinsamen“ administrativen, sozialinfrastrukturellen, kulturellen und zunehmend auch ökologischen Existenzbedingungen der Wirtschaft und Gesellschaft sind: Diese höher vergesellschafteten Verhältnisse werden durch unzureichende wirtschaftstheoretische und gesellschaftswissenschaftliche Sichtweisen, eine liberalistische Ideologie und unablässige Gehirnwäsche vernebelt.

Nun stellte die praxis- und transformationstheoretische Analytik der sozialkapitalistischen Gesamtfiguration nicht nur klar, dass solche „sozialwirtschaftlichen Dienste“ eine neue ökonomische Form darstellen, der die waren- und kapitalwirtschaftliche Ökonomik grundsätzlich nur zweckentfremdend übergestülpt werden kann. Es wurde vor allem deutlich, dass – im konfliktiven Verhältnis zur finalisierenden Tendenz der Waren- und Industriegesellschaft – die sozialwirtschaftlichen Dienste das *eigentlich* ausdehnungsfähige und wachstumsträchtige Feld im gesellschaftlichen Arbeits- und Reproduktionszusammenhang darstellen: Waren- und kapitalwirtschaftliches Wachstum auf dem Niveau informatisch-automatischer Systeme und relativer Überakkumulation generiert nicht zusätzliche, sondern zum Teil auch entqualifizierte sowie abnehmende Arbeit. Es führt so zu einem – im Durchschnitt der zum Teil arbeitslos, prekär und überflüssig {506} gemachten Bevölkerung – immer gefährdeten Lebensstandard und bietet nicht zuletzt mit kapitalgedeckten Renten und aufgrund externalisierter Schädigungen keine soziale Sicherheit und echte Zukunft.

Was man mit Recht Fortschritt nennen könnte, weist vor allem in Richtung einer Emanzipation sozialwirtschaftlicher Dienste, die sich wesentlich auf Dispositionen, Rechtssetzungen² und Transferleistungen gesellschaftlicher Institutionen stützt. Diese Transferleistungen könnten

¹ Es zeigt sich sogar: Wann und wo immer technologische Innovationen zu wirtschaftlichem Aufschwung geführt haben, hatte ein aktiver Staat die Hand im Spiel (Mazzucato 2014), und eigentlich muss davon ausgegangen werden, dass öffentliche Arbeit und Investition ökonomische Werte schafft (Mazzucato 2019).

² Marx sprach vom zu „enge(n) bürgerliche(n) Rechtshorizont“ (MEW 19: 21). Piketty hat nun klar gemacht, inwiefern dieser ein „Ungleichheitsregime“ deckt und es einer „Fortentwicklung des Rechts- und Steuersystems“ wie wohl auch Verfassungsänderungen bedarf (Piketty 2020a: 1193 f., 1222).

aufgrund einer Kapitaltransfersteuer, die das einkommenorientierte Steuersystem ergänzt und den realen Wertverhältnissen der ganzen Konfiguration entspricht, ohne die jetzigen Formen der Staatsverschuldung gewährleistet werden.³ Es kann daher nicht um eine Rückbildung des Staates gehen, sondern liberalistischen Tendenzen und Ideologien entgegen um seine Ausfaltung – von der kommunalen und regionalen bis zur gesamtgesellschaftlichen Ebene – als erweitertes Ensemble partizipatorischer und demokratischer, kompetenter und finanziell ermächtigter, handlungs- und interventionsfähiger Organe einer modernen Wirtschaftsgesellschaft.

Die mögliche *Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste* beruht dabei auf der praktischen Bestätigung ihrer wirklich wertproduktiven Bedeutung durch ein sachgerecht erweitertes Steuersystem und sozialstaatliche Finanzierung, Förderung und Regieleistung. Das bedeutet eine paritätische ökonomische Stellung der Beschäftigten in sozialen Einrichtungen, Kulturinstitutionen und öffentlichen Organen, verlangt eine gemeinwirtschaftliche Form der Instituierung entsprechend den „basic elements“ einer „Public Economy“ (Sekera 2016: 49 ff.) eine dem besonderen ökonomischen Formcharakter und den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Ausstattung sowie eine tendenzielle Verstärkung des gesamtökonomischen Gewichtes der sozialwirtschaftlichen Dienste.⁴

Auf der Grundlage der vorgeschlagenen Steuer-, Rechts- und Finanzreform ist es letztlich möglich, gesellschaftliche Arbeit in der Gestalt sozialwirtschaftlicher Dienste nach Maßgabe des industriewirtschaftlichen Produktivitätsniveaus, außenwirtschaftlicher Regulierungen und gesellschaftlicher Bedürfnisse zu instituieren und so auch die in dieser nationalökonomischen Dimension effektiv selbstbezügliche Reproduktionsbasis der konkreten Wirtschaftsgesellschaft zu sichern und zu verstärken. Solcher Fortschritt in Richtung einer *emanzipierten Sozialstaatswirtschaft* {507} wird maßgeblich blockiert durch ein realökonomisch unangemessenes, einseitig einkommenorientiertes, vielfach inkonsequentes Steuersystem und die verwertungswirtschaftlich verformte, disparitätische und reprimierte Stellung der sozialwirtschaftlichen Dienste unter der Oberhoheit der Kapitalökonomie und einer austeritären Politik des „verschuldeten Steuerstaates“.

Restitution des Sozialstaats und Kampf gegen die Privatisierung

„Was wir in den USA sehen und sich auch in Europa herauszuschälen beginnt, ist ein Prozess der Rückbildung des Staates.“ Und „angesichts des gegenwärtigen Zustandes müssen sich die Kämpfe der Intellektuellen, der Gewerkschaften, der Verbände vor allem gegen den Niedergang des Staates richten ... Ich denke, dass die Beherrschten ein Interesse an der Verteidigung des Staates haben, insbesondere seines sozialen Gesichts“, so Bourdieu „Gegenfeuer“ (Bourdieu 1998b: 42, 49). Auf die nötige Wende kann schon jetzt in Tarifaueinandersetzungen und vielen akuten Kontroversen hingearbeitet werden.⁵ Dabei tritt zu den Lohnkämpfen die Auseinandersetzung um soziale Dienstleistungen hinzu, also entschieden gegen die „Privatisierung des Öffentlichen“, für öffentliche Güter und Infrastrukturen, für die Eröffnung von Arbeits-, Produktions- und Aktivitätsräumen⁶ einer offenen Zivilisation.

Aufgrund der Bedeutung des Steuer- und Sozialstaats und der sozialwirtschaftlichen Dienste für eine transformatorische Praxis und Politik ist die zentrale Frontlinie der Kontroversen um eine bessere Zukunft relativ klar gezeichnet: Es geht um die *Restitution des Sozialstaats und die Emanzipation der*

³ Soweit Forderungen erhoben werden, das Öffentliche oder eine „gesellschaftliche Daseinsvorsorge“ vor das Private zu stellen und sozialökonomisch zu betreiben, bleibt unklar, dass ohne „Fiskalrevolution“ weder das Primat des sozial-politischen Staatswesens noch die eigentlich nötige Verstärkung und Ausfaltung sozialwirtschaftlicher Dienste durch eine weit reichende öffentliche Finanzierung möglich ist.

⁴ Die eigentlich Konsequenz: „Wir brauchen ein umfassendes Paket von politischen und wirtschaftlichen Reformen mit dem Ziel, die Privatisierung grundlegender Infrastruktur rückgängig zu machen. Und zwar am besten mit einer Strategie, die in mehr als nur einem Land greift oder gar auf überregionaler Ebene und von einem Zusammenschluss von Ländern in Angriff genommen wird.“ (Morozov 2015).

⁵ Der gesellschaftspolitischen Positionierung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kommt in diesem Zusammenhang, auch in Verbindung mit Initiativen aus der Zivilgesellschaft und Protesten im Alltagsleben, besondere Bedeutung zu.

⁶ Der Blick richtet sich beispielsweise auch auf gesellschaftliche Arbeit in Gestalt von persönlichen Dienstleistungen und kleiner Selbständigkeit, Familien- und Eigenarbeit, Selbsthilfeorganisation, gehandicapter produktiver Tätigkeit sowie auf das grenzenlose Spektrum uneigennütziger, freiwilliger Tätigkeiten.

sozialwirtschaftlichen Dienste. An dieser Front operieren vielseitige Bewegungen gegen die Privatisierung des Öffentlichen, insbesondere auch gegen die Kommerzialisierung und Manipulation der sozialen Kommunikation und medialen Öffentlichkeit durch superiore Plattformen, für ein sozialstaatswirtschaftliches Wohnungswesen, gegen die kapitalwirtschaftliche Organisation des Gesundheitswesens und der Pflegedienste, gegen die Tendenz zur privatwirtschaftlichen Ausplünderung und „neoliberalen Umgründung“ (Rügemer 2007) des Sozialstaats.⁷ Aber entsprechende Kämpfe können auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn nicht zugleich auf ganz spezifische und grundlegende Reformen des Steuer- und Rechtsstaats und seines Finanz- und Haushaltswesens gedrungen wird.

Empfohlene Zitierung: Horst Müller, **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert**. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. **2. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, Norderstedt 2021**. Auszug des Abschnitts 10.2 Der Sozialstaat und die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste, S. 549-552. Seitenzahlen der 1. Auflage {123} Stand: 13.07.2021

Kontakt zum Autor: dr.horst.mueller@t-online.de **Webseite:** <https://www.praxisphilosophie.de/>

Weitere Informationen zur Publikation:
https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm

⁷ Auch Piketty plädiert: „Den Sozialstaat modernisieren, nicht abbauen“ (Piketty 2014a: 642 ff.) und dafür, im Sinne eines „demokratischen Sozialismus“ (Piketty 2020a: 1190) weiter zu gehen. Da der *politisch-ökonomische* Brückenschlag zum neuen Ufer fehlt, kommt er am Ende zu unrealistischen, kosmopolitischen Ideen wie einer „transnationalen Demokratie“ als „neue Weltorganisation“ (Piketty 2020a: 1260 ff.).